

Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 19.12.2023
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr
Ort, Raum: der Gaststätte Rheinischer Hof, Burgstr. 54, 49413
Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Carl Heinz Putthoff

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Christoph Bornhorst

Amtsleiter/in

Herr Michael Busch
Herr Alfons Echtermann
Herr Uwe Middendorf
Frau Anne Miosga

Verwaltung

Herr André Woelk

Protokollant/in

Frau Heidi Bellersen

Ratsvorsitzende/r

Herr Robert Blömer CDU

Ratsmitglied

Frau Claudia Bausen	BFD
Herr Joseph Behrens	CDU
Frau Nicole Bramlage	CDU
Herr Ludger Burhorst	SPD
Herr Tim Julian Dorniak	CDU
Herr André Hälker	CDU
Herr Ulrich Heitmann	BFD
Herr Henning Hilgefert	BFD
Herr Paul Johanning	CDU
Herr Josef Kruse	AfD
Herr Steffen Lampe	BFD
Frau Sabine Meyer	CDU
Herr Christian Morthorst	Grüne
Frau Mirja Morthorst	Grüne
Herr Nils Röbbke-Stadtsholte	CDU
Frau Tanja Ruhe	CDU
Herr August Scheper	CDU
Herr Wulf Schwarte	CDU
Frau Sigrid Seelhorst	CDU
Herr Ingo Wessels	SPD
Herr Andreas Windhaus	CDU
Frau Susanne Witteriede	SPD

Gäste

Wolfgang Bollmann, Ehrenamtsbeauftragter

Abwesend:

Ratsmitglied

Frau Birgit Sandmann SPD

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Anne Brinkmann Gleichstellungsbeauftragte

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 26.09.2023 -öffentlicher Teil-
- 4 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
gem. Sitzung BUS / SKSD vom 09.10.2023
FWT vom 06.11.2023
JFSI vom 13.11.2023
BUS vom 20.11.2023
FWT vom 04.12.2023
- 5 Bericht des Ehrenamtsbeauftragten der Stadt Dinklage
- 6 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dinklage
- 7 Verzicht von Ratsfrau Birgit Sandmann auf die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Dinklage - Feststellung des Sitzverlustes
Vorlage: DS-19-0352
- 8 Neuzusammensetzung der SPD-Fraktion
Vorlage: DS-19-0353
- 9 Neubesetzung des Verwaltungsausschusses, Bestimmung eines 2. Stellvertreters für die Beigeordnete der SPD-Fraktion
Vorlage: DS-19-0354
- 10 Neubesetzung von Ausschüssen des Rates der Stadt Dinklage
1. Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Digitalisierung
2. Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Inklusion
Vorlage: DS-19-0355
- 11 Neubesetzung der Gesellschafterversammlung der Bau-, Grundstücks- und Erschließungs GmbH der Stadt Dinklage (BGE) durch die SPD-Fraktion
Vorlage: DS-19-0356
- 12 Neubesetzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und

Stadtentwicklung mit einem beratenden Mitglied
Vorlage: DS-19-0357

- 13** Neufassung der Geschäftsordnung des Rates
Vorlage: DS-19-0336
- 14** Bebauungsplan Nr. 25 "Bahnhof-, Droste- und Rombergstraße" - Neuaufstellung - mit örtlichen Bauvorschriften; beschleunigtes Verfahren gem. § 13 a BauGB)
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
BUS vom 20.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0341
- 15** Bauliche Erweiterung der Grundschule Kardinal-von-Galen um eine Schulmensa/Schulaula
BUS vom 09.10.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0323
- 16** Bauliche Erweiterung der Grundschule Höner-Mark um eine Schulmensa und zwei Klassenräume
BUS vom 09.10.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0322
- 17** Anpassung der finanziellen Mittel für die Nutzung der Jahn-Retro-Halle durch Schulen und Kindergärten und Welt der Tiere durch Krippen und Tagesmütter
FWT vom 06.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0331
- 18** Antrag der Kath. Kirchengemeinde von einem zusätzlichen FSJler (freiwilliges soziales Jahr) in den Kindertagesstätten St. Catharina und St. Theresia - Pilotprojekt Stadt Vechta
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0349
- 19** Zukunft des Jugendparlament der Stadt Dinklage; hier: mögliche Auflösung
JFSI vom 13.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0333
- 20** Zukunft des Jugendparlamentes der Stadt Dinklage; hier: Satzungsänderung des Jugendparlamentes
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0351
- 21** Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung

Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2024
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0344

- 22** 10. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0348
- 23** Förderrichtlinie zur Reduzierung des Gewerbeleerstandes in der Dinklager Innenstadt
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0347
- 24** Zweite Anpassung der "Richtlinie der Stadt Dinklage zur Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung" - Ergänzung um den Baustein "Förderung von Solarenergie"
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0346
- 25** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
FWT vom 06.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0329
- 26** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0345
- 27** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: DS-19-0358
- 28** Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2024
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
- 29** Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2023-2027
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
- 30** Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten
- 31** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Bürgermeister Putthoff gratuliert Mitglied Bausen zum Geburtstag und überreicht einen Blumenstrauß.

Ratsvorsitzender Blömer eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage um 16:00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Rates, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste und wünscht allen einen harmonischen Sitzungsverlauf. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest und lässt über die Tagesordnung wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 26.09.2023 -öffentlicher Teil-

Das Protokoll der Ratssitzung vom 26.09.2023 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**zu 4 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
gem. Sitzung BUS / SKSD vom 09.10.2023
FWT vom 06.11.2023
JFSI vom 13.11.2023
BUS vom 20.11.2023
FWT vom 04.12.2023**

Es werden keine Anfragen zu den Ausschussprotokollen gestellt.

zu 5 Bericht des Ehrenamtsbeauftragten der Stadt Dinklage

Ehrenamtsbeauftragter Bollmann berichtet über die Veranstaltungen des letzten Jahres und geht auf die Treffen mit den ukrainischen Flüchtlingen ein. Weiter merkt er an, dass er regelmäßige Sprechstunden anbiete, die unterschiedlich stark frequentiert seien. Er führt aus, dass jetzt auch Treffen mit den Selbstgestaltern stattfinden. Derzeit sei er mit der Vorbereitung der Ehrenamtskarte beschäftigt. Es sei geplant, die Karte zu digitalisieren.

Mitglied Windhaus fragt an, ob die Dinklager Vereine aktiv angeschrieben werden, um auf die Ehrenamtskarte aufmerksam zu machen, was vom Ehrenamtsbeauftragten Bollmann verneint wird; er werde die Anregung aber mitnehmen.

Mitglied Bausen fragt an, ob es einen Rücklauf gebe, wieviel Vergünstigungen wertmäßig angenommen werden. Ehrenamtsbeauftragter Bollmann merkt an, dass keine Zahlen vorliegen, diese aber auch ungern von den Gewerbetreibenden genannt werden.

Ratsvorsitzender Blömer bedankt sich beim Ehrenamtsbeauftragter Bollmann für sein großes Engagement.

zu 6 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dinklage

Amtsleiter Middendorf teilt mit, dass die Gleichstellungsbeauftragte Brinkmann nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen werde und sie das Amt der Gleichstellungsbeauftragten aus privaten Gründen zum 31.01.2024 niederlegt.

Stellvertretend werde er den zur Verfügung gestellten Bericht, der dem Protokoll anhängt, vortragen.

Ratsvorsitzender Blömer bedankt sich für die Ausführungen und wünscht Frau Brinkmann für die Zukunft alles Gute.

zu 7 Verzicht von Ratsfrau Birgit Sandmann auf die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Dinklage - Feststellung des Sitzverlustes Vorlage: DS-19-0352

Ratsvorsitzender Blömer teilt mit, dass es geplant gewesen sei, Mitglied Sandmann in der heutigen Sitzung zu verabschieden. Da Frau Sandmann nicht zugegen sei, möchte er sich im Namen des Rates und der Verwaltung bei Frau Sandmann für ihre Mitarbeit bedanken. Sodann trägt Hauptamtsleiter Echtermann anhand der Drucksache vor.

Feststellungsbeschluss:

Der Stadtrat stellt gem. § 52 Abs. 1 NKomVG fest, dass Frau Birgit Sandmann ihren Sitz im Stadtrat mit Wirkung zum 01.01.2024 verliert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Neuzusammensetzung der SPD-Fraktion Vorlage: DS-19-0353

Hauptamtsleiter Echtermann trägt anhand der Sitzungsvorlage vor.

Feststellungsbeschluss: Der Stadtrat stellt gem. § 57 NKomVG und § 15 der Geschäftsordnung fest, dass sich die SPD-Fraktion ab dem 01.01.2024 aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Susanne Witteriede, Ludger Burhorst und Ingo Wessels.

Fraktionsvorsitzende ist weiterhin Frau Susanne Witteriede; stellv. Vorsitzender ist weiterhin Herr Ingo Wessels.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Neubesetzung des Verwaltungsausschusses, Bestimmung eines 2. Stellvertreters für die Beigeordnete der SPD-Fraktion
Vorlage: DS-19-0354

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache zum Sachverhalt aus.

Feststellungsbeschluss: Der Stadtrat stellt fest, dass ab dem 01.01.2024 Herr Ludger Burhorst 2. Stellvertreter der Beigeordneten der SPD-Fraktion ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Neubesetzung von Ausschüssen des Rates der Stadt Dinklage
1. Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Digitalisierung
2. Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Inklusion
Vorlage: DS-19-0355

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus. Er merkt an, dass seitens der CDU-Fraktion kein Antrag auf Neuberechnung der Ausschusssitze gestellt wurde und es somit bei der bisherigen Sitzverteilung bleibt.

Den Sitz im SKSD-Ausschuss übernimmt Herr Ludger Burhorst und den Sitz im JFSI-Ausschuss übernimmt Frau Susanne Witteriede.

Feststellungsbeschluss: Der Stadtrat stellt fest, dass die folgenden Ausschüsse seitens der SPD-Fraktion wie folgt neu besetzt werden:

SKSD: Mitglied Ludger Burhorst

JFSI: Mitglied Susanne Witteriede

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Neubesetzung der Gesellschafterversammlung der Bau-, Grundstücks- und Erschließungs GmbH der Stadt Dinklage (BGE) durch die SPD-Fraktion
Vorlage: DS-19-0356

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus.
Es wird bekanntgegeben, dass Herr Ingo Wessels den Sitz übernimmt.

Feststellungsbeschluss: Der Stadtrat stellt fest, dass der Sitz von Frau Sandmann in der Gesellschafterversammlung der BGE ab dem 01.01.2024 von Mitglied Ingo Wessels eingenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Neubesetzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung mit einem beratenden Mitglied

Vorlage: DS-19-0357

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss

Frau Christin Voßmann wird ab dem 01.01.2024 Mitglied mit beratender Stimme im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

**zu 13 Neufassung der Geschäftsordnung des Rates
Vorlage: DS-19-0336**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus und geht auf die Änderungen der Geschäftsordnung ein.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung des Rates wird – wie in der Synopse dargestellt – geändert. Die Fassung der Geschäftsordnung des Rates vom 13. Dezember 2011 tritt damit außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 14 Bebauungsplan Nr. 25 "Bahnhof-, Droste- und Rombergstraße" - Neuaufstellung - mit örtlichen Bauvorschriften; beschleunigtes Verfahren gem. § 13 a BauGB)
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
BUS vom 20.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0341**

Mitglied Hilgefort nimmt aus Gründen der Befangenheit nicht an der Beratung und der Abstimmung teil.

Dipl.-Ing. Busch trägt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache vor.

Er geht kurz auf die Anregungen der Anlieger ein. Sodann stellt er die wesentlichen Änderungen vor. Er merkt an, dass sich der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss einstimmig für den B-Plan ausgesprochen habe.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 25 „Bahnhof-, Droste- und Rombergstraße“ – Neuaufstellung – mit örtlichen Bauvorschriften eingegangenen Stel-

lungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen (inkl. Verschiebung des Wendepplatzes)

- b) Der Bebauungsplan Nr. 25 „Bahnhof-, Droste- und Rombergstraße“ – Neuaufstellung – mit örtlichen Bauvorschriften wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) und der ergänzenden Vorschläge der Verwaltung einschl. Begründung als Satzung beschlossen. Gleichzeitig wird die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 25 „Bahnhof-, Droste- und Rombergstraße“ aus dem Jahr 1971 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

- a) einstimmig
b) einstimmig

**zu 15 Bauliche Erweiterung der Grundschule Kardinal-von-Galen um eine Schulmensa/Schulaula
BUS vom 09.10.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0323**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus. Er merkt an, dass ab dem 01.08.2026 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen bestehe. Dieses bedeute, dass die Mittagsverpflegung neu organisiert werden müsse und verweist auf die Notwendigkeit des geplanten Ausbaus.

Mitglied Schwarte fragt an, in welcher Höhe sich das Land Niedersachsen an den Kosten beteilige. Hauptamtsleiter Echtermann teilt mit, dass das Land den Entwurf einer Richtlinie vorgelegt habe und sich mit 42,- pro Einwohner beteilige. Für beide Grundschulen bedeute dies eine Förderung in Höhe von ca. 560.000,- Euro.

Beschluss:

Für die geplanten Erweiterungen sollen entsprechende Mittel für 2024 eingeplant werden. Mit der Realisierung der Maßnahme soll begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 16 Bauliche Erweiterung der Grundschule Höner-Mark um eine Schulmensa und zwei Klassenräume
BUS vom 09.10.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0322**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus. Er teilt weiter mit, dass sich der Landkreis Vechta im Rahmen der Kreisschulbaukasse mit einem Zuschuss in Höhe von 18,33 % sowie einem 15 %-igen zinslosen Darlehn beteiligt. Dies gelte selbstverständlich auch für die bauliche Erweiterung der Grundschule Kardinal-von-Galen.

Beschluss:

Für die geplante Erweiterung sollen entsprechende Haushaltsmittel für 2024 eingeplant werden. Mit der Realisierung der Maßnahme soll begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 17 Anpassung der finanziellen Mittel für die Nutzung der Jahn-Retro-Halle durch Schulen und Kindergärten und Welt der Tiere durch Krippen und Tagesmütter**
FWT vom 06.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0331

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus.

Mitglied Bausen fragt an, ob alle Kinder die Möglichkeit haben, von der Grundschule Höner-Mark zur Jahn-Retro-Halle gebracht zu werden. Hierzu teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass die Kinder mit einem von der Stadt finanzierten Bus zur Jahn-Retro-Halle gebracht werden. Bezugnehmend teilt Allg. Vertreter Bornhorst mit, dass auch die Kindergartenkinder mit einem TVD-Fahrzeug zur Jahn-Retro-Halle gebracht werden.

Beschluss:

Die Stundensätze für die Nutzung der Jahn-Retro-Halle werden ab 2024 wie folgt geändert:

- Für die Nutzung der „Welt der Tiere“ von 15 € auf 25 €
- Für die Nutzung der Jahn-Retro-Halle von 25 € auf 35 €.

Hierfür werden im Haushalt 2024 und in den Folgejahren 30.000,00 € eingeplant.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 18 Antrag der Kath. Kirchengemeinde von einem zusätzlichen FSJler (freiwilliges soziales Jahr) in den Kindertagesstätten St. Catharina und St. Theresia - Pilotprojekt Stadt Vechta**
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0349

Amtsleiter Middendorf trägt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache vor.

Mitglied Ruhe merkt an, dass sie sich im Fachausschuss gegen eine Bewilligung der FSJler-Stellen ausgesprochen habe. Sie merkt an, dass seitens der Stadt Dinklage schon FSJler-Stellen gefördert werden, mit der Begründung, dass es einen Fachkräftemangel seitens der Erzieher/Erzieherinnen gebe und es sollte jungen Menschen die Möglichkeit gewährt werden, Erfahrungen

im Beruf des Erziehers/Erzieherin zu sammeln.

Mit dem vorliegenden Antrag sollen die Erzieher/Erzieherinnen unterstützt werden, was i.E. nicht durch FSJler ausgeglichen werden kann. Das Land Niedersachsen müsse mehr Möglichkeiten schaffen, Fachpersonal zu bekommen. Sie bemängelt, dass derzeit die Ausbildung des Erziehers / der Erzieherin nur mit einem Realschulabschluss möglich sei und merkt an, dass in NRW die Ausbildung des Kinderpflegers auch schon mit einem Hauptschulabschluss erlernt werden könne.

Mitglied Ruhe führt weiter aus, dass diese Möglichkeit auch für Niedersachsen sinnvoll sei, um Erzieher und Sozialassistenten zu unterstützen, aber hier seien die Kommunen nicht die richtigen Ansprechpartner.

Mitglied Witteriede und Mitglied M. Morthorst schließen sich den Ausführungen von Mitglied Ruhe an.

Mitglied Burhorst spricht sich für die Genehmigung der zusätzlichen FSJler-Stellen aus, da die Mitarbeiter in den Kindergärten stark überlastet seien und Unterstützung benötigen, auch zum Wohle der Kinder.

Beschluss:

Dem Antrag der Katholischen Kirchengemeinde auf Übernahme der Personalkosten für eine zweite FSJler-Stelle im Kindergarten St. Catharina und St. Franziskus bis zum 31.07.2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt, bei einer Ja-Stimme und 4 Enthaltungen

**zu 19 Zukunft des Jugendparlament der Stadt Dinklage; hier: mögliche Auflösung
JFSI vom 13.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0333**

Amtsleiter Middendorf führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Das Jugendparlament bleibt in seiner jetzigen Form bestehen. Die Geschäftsordnung und die Satzung werden angepasst. Eine Wahl des neuen Jugendparlaments soll nicht erfolgen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 20 Zukunft des Jugendparlamentes der Stadt Dinklage; hier: Satzungsänderung
des Jugendparlamentes
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0351**

Amtsleiter Middendorf führt anhand der Drucksache aus und entschuldigt sich für die verspätete Zustellung der Satzungsänderung.

Sodann geht er auf die Änderungen der Satzung ein.

Weiter teilt er mit, dass am 11.01.2024 die konstituierende Sitzung des Jugendparlamentes stattfindet. An diesem Termin werde auch das alte Jugendparlament verabschiedet. Hierzu sind alle Ratsmitglieder herzlich eingeladen.

Beschluss:

Die geänderte Satzung des Jugendparlaments wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 21 **Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2024**
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0344

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird – wie bisher – auf 0,95 € je Frontmeter festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 22 **10. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage**
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0348

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Die 10. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage wird erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 23 **Förderrichtlinie zur Reduzierung des Gewerbeleerstandes in der Dinklager Innenstadt**
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0347

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Die vorgestellte Förderrichtlinie zur Reduzierung des Gewerbeleerstandes in der Dinklager Innenstadt wird beschlossen. Sie soll zum 01.01.2024 in Kraft treten

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 24** **Zweite Anpassung der "Richtlinie der Stadt Dinklage zur Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung" - Ergänzung um den Baustein "Förderung von Solarenergie"**
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0346

Klimamanager Woelk führt anhand der Drucksache aus.

Mitglied Kruse geht mit der geplanten Bezuschussung für die Balkon-PV-Anlagen nicht konform, da die Geräte leistungsschwach seien. Weiter sei die Energie nicht speicherbar und kann nicht für den Haushalt genutzt werden, sondern werde ins Netz eingespeist. Mitglied Kruse vertritt die Meinung, dass jeder, der so eine Anlage besitzen möchte, sich diese kaufen solle. Diese müssen nicht über die Kommunen bezuschusst werden. Weiter merkt er an, dass es derzeit keine rechtliche Grundlage für Mietstromanlagen gebe.

Klimamanager Woelk entgegnet, dass es für das Mietstrommodell eine klare Richtlinie gebe. Auch zu den Ausführungen von Mitglied Kruse zu den Balkon-PV-Anlagen widerspricht Klimamanager Woelk, da jedes Haus „Dauerabnehmer“ habe und die gewonnene Energie sofort genutzt werde, was von Mitglied Heitmann und Mitglied M. Morthorst unterstützt wird.

Mitglied Morthorst regt an, die Förderung für Balkon-PV-Anlagen noch zu erhöhen.

Mitglied Lampe teilt mit, dass es sich hierbei um einen geringen Betrag im Haushalt handle, jedoch sei es ein wichtiges Signal nach außen.

Beschluss:

Die „Richtlinie der Stadt Dinklage zur Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung“ wird um den Baustein „Förderung von erneuerbaren Energien“ erweitert. Gefördert werden Stecker- Solargeräte mit max. 18.000,- Euro sowie Mietstromkonzepte mit max. 12.000,- Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

- zu 25** **Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023**
FWT vom 06.11.2023
VA vom 23.11.2023
Vorlage: DS-19-0329

Allg. Vertreter Bornhorst trägt anhand der Drucksache vor.

Mitglied Witteriede fragt an, ob nach dem Rückbau der Containeranlage Gelder an die Stadt zurückfließen, was von Allg. Vertreter Bornhorst verneint wird.

Er teilt mit, dass lediglich das Anlagevermögen in anderen Einrichtungen verwendet werden könne.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 26 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023
Vorlage: DS-19-0345**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Erweiterung zur Drucksache aus.

Mitglied Witteriede fragt sich, warum zum Ende des Jahres ca.1 Mio. € an laufenden Kosten zur Genehmigung anstehen.

Hierzu teilt Allg. Vertreter Bornhorst mit, dass es sich bei dem Großteil der Kosten um die Endabrechnung des Kindergartens handele. Alle anderen Kosten seien tatsächlich erst zum Ende des Jahres angefallen.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 27 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: DS-19-0358**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 28 Beratung über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt
Dinklage für das Haushaltsjahr 2024
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023**

Bürgermeister Putthoff teilt mit, dass der Haushaltsplanentwurf 2024 in seinem Zahlenwerk eindrucksvoll den Blick auf die Wirklichkeit wiedergebe.

Äußerst deutlich werde dabei die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und Land und die Auswirkungen des strukturellen Defizits beim Landkreis.

Die Gemeinden sind die Stütze unseres Gemeinwesens und die Basis unserer Demokratie.

Derzeit müssen aber die Gemeinden wahrnehmen, dass

- wesentliche Felder der Daseinsvorsorge durch den Bund und das Land Niedersachsen nicht mehr oder nicht hinreichend finanziert und vernachlässigt werden. Bund und Land verlassen sich darauf, dass die Kommunen vor Ort als Ausfallbürgen einspringen.
- Ungeachtet dessen werden durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene gleichzeitig immer neue staatliche Aufgaben und Tätigkeitsfelder geschaffen. Es stehen aber weder das notwendige Personal noch hinreichend finanzielle Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.
- Bund und Land kommen ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht zur Finanzierung übertragbarer Aufgaben nicht nach.

Fazit ist, dass die

- Kommunen handlungsfähig bleiben müssen und im Rahmen der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung noch selbst Raum und Ressourcen für die Setzung eigener politischer Prioritäten haben.

Die Gemeinden fordern eine Politik des Machbaren und des Finanzierbaren statt ständig neuer, ungedeckter Versprechungen.

Hier möchte er nur einige Beispiele erwähnen:

1. KiTa

Die Kommunen wenden seit 2020 jährlich mehr als zwei Milliarden Euro aus eigenen Mitteln für die Kindertagesstätten auf, die Kosten haben sich seit 2012 mehr als verdoppelt. Die Forderung der Kommunen ist, dass

- das Land der tatsächlichen Entwicklung der Personalkosten im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher nachkommen muss und seine Finanzierungshilfe entsprechend anpassen muss.

Weiterhin besteht nach wie vor ein hoher Investitionsbedarf für die Schaffung von weiteren unbedingt notwendigen Betreuungsplätzen. Hier haben sich Land und Bund mittlerweile komplett aus der Investitionsförderung zurückgezogen. Es gibt für An-, Um- und Neubau von Kindertagesstätten keine neuen Mittel mehr. Die Forderung der Kommunen ist, dass

- das Land den Investitionsbedarf bei den Kindertagesstätten anerkennt und wie andere Bundesländer eigene Landesmittel zur Verfügung stellt.

2. Schule

Der Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder in Grundschulen ab 2026 ist kaum noch umsetzbar. Hintergrund ist die über lange Zeit unklare Umsetzung in Niedersachsen.

Das Land muss zeitnah die Eckpunkte für die Ganztagsbetreuung in Niedersachsen klären und den rechtlichen Rahmen hierfür schaffen. Dabei müssen sowohl die Investitions- als auch die späteren Betriebskosten der Kommunen mit in den Blick genommen werden.

3. Zuwanderung

Die zum Teil ganz erheblichen Vorhaltekosten der Kommunen müssen fair erstattet werden, weil es sich bei Flucht und Vertreibung um weltweite Entwicklungen handelt, die vor Ort nicht zu steuern sind.

Die kommunalen Lasten bei der Integration der Menschen, die zu uns kommen, müssen von Bund und Land auf Dauer refinanziert werden.

Der Bund ist aufgefordert die von ihm verursachten Kosten, insbesondere im Bereich der Flüchtlinge dauerhaft zu finanzieren.

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2024 zeigt, dass die Stadt Dinklage nicht in der Lage ist, den Ressourcenverbrauch auszugleichen und im Ergebnisplan einen Fehlbetrag von 652.300 Euro ausweist.

Sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen wurden im Rahmen der internen Haushaltsplanvorbereitung mit Nachdruck auf den Prüfstand gestellt. Mehrerträge und Minderaufwendungen sind aus Sicht der Verwaltung nicht weiter für 2024 zu realisieren.

Als positive Entwicklung sind immer noch die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Gewerbesteuer zu sehen.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2022/2023 (Berechnungszeitraum 01.10.2022 – 30.09.2023), führt zu einer Erhöhung der Steuerkraft um 4,87 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2024 werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 261.400 € (Vorjahr 522.344 €) und Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten in Höhe von 299.700 € erwartet.

Darüber hinaus ist eine Kreisumlage in Höhe von 7.105.600 € (Vorjahr 6.368.935 € bei 34 Punkten) zu zahlen. Die geplante Erhöhung der Kreisumlage führte im Vorfeld zu einer Diskussion, da nach den Eckdaten der Ergebnishaushalt des Landkreises mit einem Fehlbedarf von 15,9 Mio. € abschloss. Die Bürgermeister haben darum gebeten, die Kreisumlage lediglich um 2 Punkte zu erhöhen, da eine weitere Erhöhung folglich mit einer erheblichen Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern verbunden ist. Der Bitte ist der Kreistag in seiner Sitzung am 14.12.2023 nicht nachgekommen.

Für die Stadt Dinklage bedeutet die Anhebung um 3 Punkte Mehraufwendungen von rd. 600.000 €; für den Landkreis Vechta insgesamt Mehrerträge von 7,7 Mio. €.

Auf die Erhöhung der Kreisumlage möchte er nicht weiter eingehen. Die Diskussionen wurden bereits ausgiebig in den anderen Kommunen geführt. Er möchte aber trotzdem die Bitte an den Landkreis richten, die Ausgaben im Blick zu behalten. Defizitäre Haushalte ziehen auch Haushaltssicherungskonzepte nach sich.

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 7.940.000 € (Plan Vorjahr: 6.950.000 €) eingeplant. Mit über 10,1 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen habe Dinklage in 2023 ein Rekordergebnis eingefahren. Hierfür sagt er ein großes Dankeschön an die Dinklager Gewerbetreibenden, dass sie trotz der Ukraine-Krise ein derartig hohes Gewerbesteueraufkommen ermöglicht haben. Ohne ein solides Gewerbesteueraufkommen wären viele Projekte nicht umsetzbar.

Bei den Steuersätzen (Hebesätzen) verbleibt es bei den bisherigen Festsetzungen:

Grundsteuer A: 403 %

Grundsteuer B: 426 %

Gewerbesteuer: 356 %

Die im Jahr 2022 vorgenommene Anhebung der Hebesätze erfolgte lediglich zur Gegenfinanzierung der abgeschafften Straßenausbaubeiträge. Eine weitere Anpassung an den Nivellierungssatz des Landes, der als Maßstab für die Berechnung der Steuerkraft zugrunde gelegt werden, erfolgt nicht.

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 4.491.900 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt stiegen die Personalkosten um 90.900 € (+ 2,07 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist auf die Tarifierhöhungen und Neueinstellungen zurückzuführen.

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 3.288.400 € (Vorjahr 2.622.800 €). Das bedeutet eine Erhöhung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 665.600 €. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 1.148.800 €. Mit der „Vereinbarung öffentliche Jugendhilfe“ beteiligt sich der Landkreis Vechta ab 01.01.2021 mit höheren Pauschalbeträgen pro Regelgruppe.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Abschreibungen zu legen, mit denen sich die Investitionsplanung im Ergebnishaushalt widerspiegelt. Es zeigt sich deutlich, dass durch das Investitionsvolumen und die daraus resultierenden Abschreibungsbeträge der Aufwand im Ergebnishaushalt immer höher wird und der Haushaltsausgleich dadurch erschwert werde.

Die Erhöhung des Netto-Aufwandes beträgt zwischen 2022 und 2027 1.417.876 €.

Unabhängig von der sorgfältigen Überprüfung aller Ansätze im konsumtiven Bereich spielt damit eine langfristig ausgerichtete Investitionsplanung eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 3.428.000 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 15.930.300 € festgesetzt.

Er möchte nur auf wesentliche Auszahlungen für Investitionen in 2024 eingehen.

- | | |
|---|--------------|
| 1. Sanierung Rathaus | 500.000,00 |
| insgesamt 1. Mio. € | |
| 2. Grundschulen –Erweiterung der Mensen | 2.800.000,00 |
| insgesamt 5 Mio. € | |

3. Freibad	1.000.000,00
Insgesamt 6.120.000 €	
4. Zuschuss Schützenverein	190.000,00
insgesamt 570.000,00 €	
5. Kostenbeteiligung Regenrückhaltebecken	1.000.000,00
insgesamt 2.000.000 €	
6. Umbau Feuerwehrgerätehaus	1.550.000,00
insgesamt 1.760.000	
7. Entwicklung klimafittes Dinkelband	3.535.000,00
8. Straßenausbau insgesamt	4.056.000,00

Diesen Auszahlungen stehen auch Einzahlungen gegenüber, z.B. Erschließungsbeiträge, Zuschüsse des Landes, des Bundes und des Landkreises. Es sind bereits Förderanträge an das Land und den Bund gestellt worden. Positive Förderbescheide liegen noch nicht vor. Die Ausführung einiger Maßnahmen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit einem positiven Förderbescheid.

Mit den geplanten Investitionen ist auch unmittelbar eine Kreditaufnahme verbunden. Die Kreditermächtigung wurde auf 5.7 Mio. festgesetzt. Abzüglich der Tilgungsleistungen beläuft sich die Nettoneuverschuldung auf 4.770.800 €. Der voraussichtlich Schuldenstand beziffert sich am Ende des Jahres 2024 auf rd. 10,1 Mio. €.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Haushaltsplanentwurf 2024 alle noch einigermaßen zufrieden stellen kann. Dass wir insgesamt recht ordentliche Zahlen vorweisen können, liegt auch daran, dass der Stadtrat, in den vergangenen Jahren auf eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung Wert gelegt hat. Es ist daher auch unser aller Aufgabe, unsere Stadt wirtschaftlich auf Kurs zu halten. Dazu gehört auch, Maß zu halten in Zeiten, die Vergangenheit sind und Zeiten, die uns bevorstehen.

Er danke allen, die sich für unsere Stadt einsetzen, und denjenigen, die mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dazu beitragen, dass wir in Dinklage sehr gute und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten können und eine umfassende Infrastruktur, welche die Lebensqualität nachhaltig positiv prägt, vorweisen können. Die zu erhalten und sinnvoll auszubauen, wird auch künftig unser Ziel sein.

Bezugnehmend zur Erhöhung der Kreisumlage merkt Mitglied Meyer an, dass sich der Kreistag die Erhöhung nicht leicht gemacht habe. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass hohe Investitionen im Bereich der Bildung, des Straßenausbaus und der Betriebskosten angefallen seien, welche auch den Dinklager Bürgern zugutekommen.

Mitglied Kruse äußert sich wie folgt zum Haushaltsplan 2024:

Die Folgen der Krisen durch Corona, kriegerischen Konflikte, Energie und Migration und die daraus resultierende Inflation seien auch bei Kreis und Kommunen angekommen. Nach Jahren des Schuldenabbaus werde die Stadt Dinklage für 2024 eine voraussichtliche Neuverschuldung von 4,8 Mio. Euro haben und somit den Schuldenstand mit über 10 Mio. fast verdoppeln. Die gute Steuerkraft der Kommune, mit einem Plus von 4,8 %, sei hier erfreulich. Um diese Steuerkraft zu erhalten und zu stärken, sei es gut und richtig die Innenstadtbelegung voranzutreiben und auch am Gewerbegebiet Ba/Di/Ho festzuhalten. Das Kreditvolumen für das neue Haushaltsjahr beträgt 5,7 Mio. Euro. Positiv sei zu sehen, dass die Grundsteuer A und B nicht erhöht werden. Da sei Dinklage allerdings auch bereits Spitzenreiter im Kreis. Die Personalkosten belaufen sich auf 4,9 Mio. Euro und liegen 2,8 % über Vorjahr. Zurzeit habe Dinklage eher ein Ausgaben- als ein Einnahmeproblem. Wie bereits im letzten Jahr von

ihm prognostiziert, erhöhe sich die Kreisumlage von 34 auf 37 Punkte. Das sei in Euro eine Erhöhung um fast 600.000 Euro auf 7,1 Mio. Euro. Und er befürchte, sie werde im nächsten Jahr noch einmal um 2 Punkte steigen. Im Kreistag habe hier die AfD-Fraktion zur Sparsamkeit aufgerufen. Eine Kreishausenerweiterung für 42 Mio. passt genauso wenig in die Zeit wie, der von einigen geforderte, Rathausneubau in Dinklage für 15- 20 Mio. Euro. Die Ausgaben für Sanierung und den Neubau von Straßen, Schulen, Kindergärten, Freibad etc. sind dagegen unumgänglich! Wobei bei den notwendigen Baumaßnahmen natürlich auch teilweise große Diskrepanzen zu den Planzahlen.

Er führt zum Volumen der Gesamtinvestitionen der Stadt Dinklage aus.

Genauso wichtig seien die Zuschüsse für Kultur, Sport, Vereine. Ebenso notwendig ist allerdings Kosten- und Planungstreue. Diese muss gegeben sein. Egal ob es sich um Zuwendungen für Vereine etc. handelt oder um Projekte die der Planung und Finanzierung der Stadt unterliegen.

Das war bislang leider nicht immer der Fall.

Als Beispiel möchte er auf die Baumaßnahme Regenrückhaltebecken am Wiesenweg hinweisen.

Durch eine Umplanung der Lage des Rückhaltebeckens, entstehen durch die anfallende Entsorgung von kontaminiertem Erdreich Mehrkosten von 350.000 Euro oder der die Sanierung des Jahnstadions. Er schätze und unterstützte die Arbeit des TVD und sehe die Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahmen. Aber hier seien die Kosten vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Der Bau der Tartanbahn sollte mal anfangs mit 270.000 Euro bezuschusst werden. Dann wurden seitens des TVD innerhalb kurzer Zeit zwei Anträge mit der Forderung um Erhöhung der Zuschüsse gestellt. Das war dann wohl nicht mehr abbildbar und genehmigungsfähig. Somit hat man dann die Maßnahme in die Finanzierung der Stadt, als Eigentümer der Anlage, überstellt. Mit dem Ergebnis, dass die Kosten auf annähernd 1,5 Mio. Euro explodiert seien. Das sei eine Steigerung um 235 % wie man auch in der OV nachlesen konnte. Das ist übrigens auch die Summe, die er damals in der Ratssitzung prognostiziert habe. S.E. haben sich die Kosten für die Baumaßnahme an der Ostseite des Jahnstadions erheblich erhöht. Hier seien die Planungskosten von 1,8 Mio. Euro im Jahr 2021 auf 2,4 Mio. Euro im Jahr 2024 gestiegen, das sind fast 35 %. Das die Stadt die Maßnahme zwar nur mit 55% statt mit den geforderten 65% fördert, diese 55 %ige Förderung gilt dann allerdings auch für bereits zurückliegende Baumaßnahmen, macht das Ganze für Außenstehende nicht transparenter.

Auch sehe er die Bezuschussung von Balkonsolaranlagen und Mietstromanlagen kritisch. Gerade die Balkonanlagen haben eine geringe Leistung die zudem in der Regel nicht speicherbar sei. Die Bundesregierung streiche die Zuschüsse für E-Autos, aber die Kommune bezuschusst Mini-PV Anlagen. Das sei in seinen Augen der falsche Ansatz.

Genauso kritisch sehe ich die Bezuschussung von Dachbegrünung. Diese Maßnahmen seien ein „Nice to have“ und helfen dem Klima höchstens marginal bis wahrscheinlich gar nicht. Es sind im Verhältnis zum Haushaltsgesamtansatz natürlich marginale Summen aber meiner Meinung nach verzichtbar.

Für das Jahre 2024 gebe es mit 4,8 Millionen eine hohe Neuverschuldung und mit über 10 Mio. Euro einen hohen Schuldenstand, allerdings sehe er die Haushaltsaufstellung, mit einer Investitionssumme von 12,9 Mio. Euro, ansonsten als ausgewogen und gesichert an und stimme als Vertreter der AfD dem Haushaltsplan zu.

Mitglied M. Morthorst bezieht sich auf die getätigten Ausführungen von Bündnis 90/Die Grünen in der FWT-Sitzung vom 04.12.2023.

Ergänzend merkt sie an, dass die geplanten Projekte in Dinklage vielen Dinklager Bürgern zugutekommen. Auch unterstütze sie den Neubau eines Rathauses. I.E. bedeute eine Investition in diese Projekte, in Kinder und Bürger zu investieren. Und dieses sei eine Investition in die Zukunft.

Mitglied M. Morthorst ist der Ansicht, dass immer noch zu wenig in Klimafolgeanpassung, Auswirkungen auf den Klimaschutz und in Klimaschutzmaßnahmen investiert werde.

Mitglied Witteriede und Mitglied Lampe führen anhand der jeweiligen Anlage zum Protokoll zum Haushalt aus.

Mitglied Windhaus bezieht sich auf seine Ausführungen der FWT-Sitzung, die dem Protokoll angehängt wurden. Weiter merkt er an, dass es im Bereich der Grundschulen und Kindergärten eine Unterfinanzierung gebe. Er merkt mahndend an, dass die Errichtung eine Kindergartengruppe mittlerweile 1 Mio. Euro koste.

Er spricht sich gegen eine Steuererhöhung aus, da in Dinklage bereits den höchsten Steuersätzen im Landkreis Vechta habe. Auch müsse die Entwicklung des Schuldenstandes beobachtet werden, da sich dieser verdoppelt habe.

Zur Verlegung des Regenrückhaltebeckens führt er aus, dass es um die Möglichkeit gehe, eine perspektivische Fläche zu errichten, um sich zukünftig nichts zu verbauen.

Mitglied Windhaus merkt an, dass für das kommenden Jahr viele Maßnahmen eingestellt worden seien und bei einem Schuldenstand von fast 15 Mio. sehe er keine Möglichkeit, ein neues Rathaus zu errichten.

Beschluss:

Dem Haushaltsplan mit den Änderungen des Begleitschreibens für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen

**zu 29 Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2023-2027
FWT vom 04.12.2023
VA vom 11.12.2023**

Allg. Vertreter Bornhorst trägt anhand des Investitionsplan 2023-2027 vor und geht auf die anstehenden Investitionen ein.

Beschluss:

Dem Investitionsprogramm für die Jahre 2023 - 2027 wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 30 Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten

1. Bürgermeister Putthoff merkt an, dass die Markierungsarbeiten der Parkflächen an der Burgstraße abgeschlossen seien. Derzeit werden Merktzettel verteilt, um auf einen Falschparken aufmerksam zu machen. Ab dem 02.01.2024 werden Strafzettel für falsches Parken ausgestellt.

2. Bürgermeister Putthoff teilt mit, dass das Gebäude „Varnhorst“ am 08.01.2024 abgerissen werde. Dieser Termin wurde vom beauftragten Unternehmen bestätigt.

3. Bürgermeister Putthoff teilt mit, dass die Hundebestandsaufnahme abgeschlossen sei. Hieraus habe sich ergeben, dass 20% der Hunde nicht angemeldet waren. Gleichzeitig wurden die Schottergärten mit aufgenommen und an den Landkreis weitergeleitet. Auf diesem Wege möchte er sich bei Herrn Asbrede für seine Arbeit bedanken, mit der er sehr zufrieden war. Die Aufnahme sei reibungslos gelaufen und es habe kaum Beschwerden gegeben.

zu 31 Anfragen und Anregungen

1. Mitglied Behrens fragt an, ob die markierte Parkbucht in Höhe „Burgstraße 22“ noch umgelegt werden könne, da sie direkt vor einer Ausfahrt angebracht wurde.
Amtsleiterin Miosga teilt mit, dass sie sich die Angelegenheit vor Ort anschauen werde.

2. Mitglied Wessels fragt an, ob der Straßenausbauplan bis 2029 noch Bestand habe. Hierzu teilt Bürgermeister Putthoff mit, dass einige Straßenausbaumaßnahmen aufgrund der fehlenden Regenrückhaltung noch nicht errichtet werden können. Weiter führt er aus, dass es personelle Verstärkung im Tiefbaubereich gegeben habe, sodass die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können.
Ergänzend merkt Amtsleiterin Miosga an, dass auch sie die geplanten Straßenausbaumaßnahmen nicht gefährdet sehe.

3. Mitglied Witteriede merkt an, dass sie am 05.11.2023 eine schriftliche Anfrage gestellt habe, die noch nicht beantwortet wurde. Sie möchte wissen, wofür die 2x eingenommen 650.000,- Euro durch die Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuern verwendet wurden.

Bürgermeister Putthoff teilt mit, dass er in der FWT-Sitzung mitgeteilt habe, dass er die Fragen zeitnah beantwortet werde, da er erst die Endabrechnung der Straßen vorliegen haben müsse.

4. Mitglied Schwarte merkt an, dass sich die Straßen im Außenbereich in einem schlechten Zustand befinden. Er appelliert an die jeweiligen Fraktionen, dass das Land neue Programme aufstellen müsse. Die Kommunen benötigen Unterstützung, die Straßen zukunftstauglich zu machen.

Robert Blömer
Vorsitzender

Heidi Bellersen
Protokollführung

Carl Heinz Putthoff
Bürgermeister